

Rechtsentwicklung wird diese jedoch bald notwendig ausgefüllt durch das erzwungene (noch nicht im Sinne des allgemein geltenden) Sühnegeld, ohne welche die Komposition eitel wäre, falls der Angegriffene und seine Sippe zur Rache nicht imstande sind, der Beleidiger jedoch die Vermittlung selbst oder doch nachher die Auszahlung des vermittelten Entgeltes verweigert. Die Strafbedrohung gegen *os fractum* sei nun nichts anderes als ein Beispiel einer gesetzlichen Komposition. „*Membrum ruptum—talio*“ sei also der allgemeine Ausgangspunkt, daneben bilden besondere Bußen die gesetzlichen Strafsurrogate, für welche der für *os fractum* erwähnte Betrag ein Beispiel ist. Dieses allerdings sehr annehmerswerte Ergebnis bedarf jedoch einer Ergänzung.

Denn es bleibt immer die Frage übrig: welcher Platz ist in diesem System der leichten Geldstrafe zu 25 Assen gewährt? Nach Gaius (III, 233) werden die Fälle dieser leichten Strafe ohne weitere Andeutung *ceterae iniuriae* genannt. Der Paulinische Text (Coll. II, 5, 1) bestimmt aber näher das innere Verhältnis der verschiedenen Vergehen. Der mit Buße von 25 Assen bedrohte Fall wird mit dem einfachen Namen *iniuria* angedeutet, und zwar die betreffende Strafbestimmung als *lex generalis*, während die Regel in betreff des *os fractum* *lex specialis* heißt und zwar als Beispiel einer *lex specialis* erwähnt wird („*velut ille*“). Daraus läßt sich schließen auf den allgemeinen Sinn der *iniuria* = der nicht qualifizierten Grundform der Persönlichkeitsverletzung, woneben qualifizierte Formen strenger bestraft wurden: als deren eine, wahrscheinlich die meist auffällige (vielleicht auch die am strengsten bestrafte?) das *os fractum* erscheint.

Leyden.

J. van Kan.

B. H. Vos, Rechtsgeschiedkundige beschouwingen over het Romeinsche huwelijk. Leiden, P. J. Mulder & Zoon 1913. 147 S. 8^o.

Der Verfasser teilt mit, er hätte eine umfassende Arbeit über die römische Ehe zu schreiben beabsichtigt und er legt sogar den ausführlichen Plan dieser Arbeit vor. Leider wurde dieselbe nicht fertig. Was der juristischen Fakultät zu Leiden zur Erlangung der Doktorwürde angeboten und nachher der Öffentlichkeit übergeben wurde, ist nur ein Bruchstück. Dieser fragmentarische Charakter haftet der ganzen Abhandlung mehr oder weniger an und beeinträchtigt auch den fertig gewordenen Teil, der uns vorliegt.

Nach einigen einleitenden Bemerkungen unternimmt der Verfasser die geschichtliche Darstellung der römischen Ehe. Fünf Perioden bieten fünf verschiedene Gestaltungen. Vor der XII Tafelgesetzgebung sind Ehe und *manus* in einem einzigen familienrechtlichen Verhältnis verschmolzen. In der zweiten Periode, von den XII Tafeln bis zum Ende der Republik, fängt die *manus* an, sich von der Ehe zu lösen, aber der

nichtsdestoweniger fortdauernde enge Zusammenhang der beiden Institute äußert sich darin, daß manus und Ehe durch dieselben Handlungen begründet werden. Mit der Kaiserzeit wird die freie Ehe ganz allgemein, wozu die Augusteische Gesetzgebung kräftig mitgewirkt hat. Während der Monarchie haben Ehe und manus sich völlig voneinander gelöst, es besteht nur noch eine einzige Ehe, die Ehe ohne manus. In der Justinianischen Zeit ist schließlich die manus gänzlich verschwunden.

Den verschiedenartigen Eheformen gegenüber, welche die Geschichte uns also kennen lehrt, stellt der Verfasser nun die Frage: enthalten diese verschiedenen Eheformen einen gewissen gemeinsamen Kern, so daß man, trotz aller Divergenz, von einer einheitlichen römischen Ehe reden kann? Nach eingehender Untersuchung wird die Frage bejahend beantwortet, denn es zeigt sich, daß in allen Perioden die Ehe an die folgenden Erfordernisse geknüpft war: die juristische Fähigkeit, (prinzipiell) die Dauer des ehelichen Bandes auf die ganze Lebenszeit, das Ziel der Kindererzeugung, die rein juristische Natur des Vertrages, schließlich die Lebensgemeinschaft.

Hätte der Verfasser hier Schluß gemacht, so wäre der Arbeit der oben gemachte Vorwurf des fragmentarischen Charakters, der ihr nun anhaftet, erspart geblieben. Der Zusatz steht kaum in Zusammenhang weder mit dem Hauptthema noch mit sich selbst: eine längere Ausführung über die neueren philosophischen Anschauungen in bezug auf die Ehe; nachher eine Abhandlung über die juristische Natur des begründenden Rechtsgeschäfts, welche nachzuweisen sucht, die Ehe sei nicht als rein obligatorischer Vertrag, weder als Gesellschaftsvertrag noch als Realkontrakt, zu betrachten — was übrigens heutzutage kein Mensch mehr zu behaupten gedenkt; schließlich einige ganz fragmentarische Seiten über die außerehelichen, der Ehe mehr oder weniger ähnlichen Verbindungen.

Leyden.

J. van Kan.

J. H. van Meurs, *Rechtsgedingen over bepaalde goederen in oud-Helleense Rechten. Utrechtsch proefschrift. Amsterdam, A. H. Kruijt 1914. 94 S. 8°.*

Bis vor relativ kurzer Zeit das Studium der griechischen Papyri die Romanisten dem hellenistischen Volksrecht näher führte, hatte die Rechtsgeschichte sich selten ex professo mit dem altgriechischen Recht beschäftigt. Sie überließ die Pflege desselben hauptsächlich der Philologie, welche übrigens zu diesem Zwecke über sehr geeignete Mittel verfügte: die bequeme Beherrschung des Quellenmaterials und die gründliche Kenntnis der griechischen Kultur und der griechischen gesellschaftlichen Verhältnisse. Aber es fehlte der Philologie die juristische und die rechtsgeschichtliche Bildung, ohne welche jedes Rechtsstudium zum Diletantismus verurteilt ist. Wenn also im allgemeinen die altgriechische